

Macht als vor deutscher Untätigkeit und drängte Deutschland, Europa zu führen.

Er beobachte, sagt Kundnani, eine deutsche Selbstwahrnehmung, das eigentliche Opfer der Eurokrise zu sein, die in seltsamem Kontrast zu der Wahrnehmung in den Schuldnerländern stehe. Daraus entstehe Aggressivität, die sich im neuen Sound der Politik zeigt oder in der „Bild“-Zeitung entlädt, wenn sie alle Griechen als „gierig“ beschimpft.

Während Deutschland im Lauf der Eurokrise wirtschaftlich dominierte, blieb es außenpolitisch ein Zwerg. Der Höhepunkt dieser Weigerung, eine politische Macht zu sein, war die Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat, als es im März 2011 um den Nato-Einsatz in Libyen ging. Das wurde auch von europäischen Partnern wie Frankreich als Rückschritt gesehen – bei den Luftschlägen im Kosovo 1999 und später beim Einsatz in Afghanistan hatten sich die Deutschen noch beteiligt.

Der Ruf nach mehr deutscher Führung, der in den vergangenen Jahren aus Osteuropa kam, steht oberflächlich gesehen im Gegensatz zu den Klagen über eine zu große deutsche Dominanz in Wirtschaftsfragen. Aber beides steht miteinander im Zusammenhang: Deutschland will eine wirtschaftliche Macht sein, keine militärische. Sein Nationalismus gründet sich auf Wirtschaftskraft und Exporte, nicht auf den Willen, eine geopolitische Kraft zu werden. Das gleiche Dilemma zeigt sich in der deutschen Rolle im Umgang mit Russland in der Ukrainekrise.

Deutschland, so Kundnani, „ist einzigartig in seiner Kombination aus wirtschaftlicher Durchsetzungskraft und militärischer Abstinenz“. Schon deshalb sind die Bezüge zur Nazi-Zeit so daneben. Es geht nicht um Gewalt, um Rassismus. Es geht um Geld. Und das ist ein himmelweiter Unterschied, auch wenn Geldfragen unangenehm sein können.

Um ein Reich geht es allerdings schon, auf dem ökonomischem Feld. Die Eurozone ist deutsches Herrschaftsgebiet. Berlin regiert hier nicht unangefochten, bestimmt aber über das Schicksal von Millionen Menschen anderer Nationalitäten mit. Eine solche Macht schafft eine Menge Verantwortung, trotzdem verhalten sich Regierung und Politik manchmal noch wie in einem Kleinstaat.

Deutschland ist tatsächlich nicht groß genug, die Probleme aller anderen mit Geld zu lösen, aber dennoch ist es manchmal wichtig, Größe zu zeigen, auch durch Großzügigkeit. Und ohne die Bellerei aus Berlin oder München wäre es sicherlich einfacher, etwas zu erreichen. Auch das ist Größe, die maßlosen Vergleiche elegant zu kontern oder zu ertragen.

Nikolaus Blome, Sven Böll, Katrin Kuntz, Dirk Kurbjuweit, Walter Mayr, Mathieu von Rohr, Christoph Scheuermann, Christoph Schult



## Eine Frage des Friedens

**Reparationen** Schulden die Deutschen den Griechen noch Geld wegen der Besetzung durch die Nazis? Eine neue Untersuchung aus Athen bringt Berlin in der Frage des Zwangskredits von 1942 in Bedrängnis.

**A**n die Deutschen, sagt Loukas Zisis, denke er jeden Tag. Er ist der stellvertretende Bürgermeister der Gemeinde Distomo, eines Nests in den Bergen, zwei Autostunden von Athen entfernt. Am 10. Juni 1944 begingen die Deutschen an der Dorfbevölkerung ein Massaker, 218 Menschen starben, unter ihnen Dutzende Kinder. Zisis hat den Überfall nicht erlebt, er ist erst 48 Jahre alt.

„Wir können die Deutschen nicht vergessen“, sagt Zisis. Vor 71 Jahren kamen sie mit Gewehren nach Distomo. „Heute üben sie Macht mit ihren Banken und ihrer Politik über unser Dorf aus.“ Er steht im Wind an einer Felskante, ein kleiner Mann in Lederjacke, und blickt auf den Ort hinab. Zweitausend Menschen leben hier.

Das Massaker, das den Ort bis heute prägt, war eines der brutalsten Verbrechen der Nazis in Griechenland, ein mehrstündi-

ges Gemetzel. Seit Jahrzehnten führen die Kläger einen Prozess, der sich durch alle Instanzen in Griechenland und Deutschland zog. Der Oberste Gerichtshof Griechenlands, der Areopag, entschied im Jahr 2000, Deutschland müsse die Hinterbliebenen in Distomo entschädigen.

„Doch wir warten immer noch“, sagt Zisis. „Es gab keine Entschuldigung.“

Vergangene Woche forderte der griechische Premier Alexis Tsipras im griechischen Parlament deutsche Reparationszahlungen, und er verknüpfte die Forderung indirekt mit der heutigen Lage Griechenlands. „Bis heute haben deutsche Regierungen dazu geschwiegen“, rief er, „haben rechtliche Tricks angewandt, die Frage aufgeschoben und vertagt. Und so frage ich mich, meine Damen und Herren: Ist diese Haltung wirklich moralisch?“



### Deutsche Panzer in Athen 1941

„Es gab keine Entschuldigung“

forderungen“ der griechischen Zentralbank an Deutschland in Höhe von 12,8 Milliarden Dollar, Stand Dezember 2014. Das entspricht rund 11 Milliarden Euro.

Damit geht es zwischen Deutschland und Griechenland nicht nur um die Frage, ob die Massaker wie jene in den Dörfern Distomo oder Kalavrita mit der ab 1961 getätigten Zahlung von 115 Millionen Mark rechtlich abgegolten sind oder nicht. Es geht nun vor allem darum, ob das von den NS-Besatzern erpresste Darlehen vom Nachfolger des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik, zurückzuzahlen ist. Dafür scheint einiges zu sprechen.

Was die Höhe der Kreditschuld angeht, kommen die griechischen Prüfer interessanterweise zu nahezu demselben Ergebnis wie die Buchhalter der Nazis kurz vor Ende des Kriegs. Die Kassenprüfer von Hitlers Sonderbevollmächtigtem Südost hatten schon 26 Tage vor Kriegsende „die Restschuld, die das Reich gegenüber Griechenland hat“, auf 476 Millionen Reichsmark beziffert.

Die Athener Prüfer errechneten für denselben Zeitpunkt eine „offene Kreditlinie“ von rund 213 Millionen US-Dollar. Sie gingen vom Dollarkurs zur Reichsmark von 2:1 aus und legten eine von den deutschen Besatzern akzeptierte Zinsgleitklausel zugrunde, das ergibt heute einen Wert von mehr als elf Milliarden Euro.

Diese Restschuld müsse zurückgezahlt werden, „ohne Wenn und Aber“, sagt der deutsche Historiker Hagen Fleischer in Athen, der die einschlägigen Akten wie kein anderer kennt. Er hat schon vor dem neuen Bericht zahllose Dokumente auffindig gemacht, die den Charakter des Zwangskredits seiner Meinung nach zweifelsfrei belegen. So notierten NS-Beamte am 20. März 1944, „die Verschuldung des Reiches“ gegenüber Athen habe sich zum 31. Dezember des Vorjahres auf 1068 Milliarden Drachmen belaufen.

„Der Zwangskredit als Kriegsschuld zieht sich durch alle deutschen Akten“, sagt Fleischer. Er ist Professor für Neue Geschichte, seit 1977 lebt er in Athen; er besitzt inzwischen beide Staatsbürgerschaften, die deutsche und die griechische. Viel mehr als die Kriegsdokumente über Gräueltat und Leid hätten ihn die Akten bundesdeutscher Behörden zu Fragen der Kriegsschuld „schockiert“, sagt er.

Deutsche Diplomaten würden da in nationalsozialistischem Vokabular Reparationsfragen erörtern, von einer „Endlösung des sogenannten Kriegsverbrecherproblems“ sprechen oder auch davon, dass nun Zeit für eine „Liquidierung der Erinnerung“ sei. In diesem Geist seien auch Wiedergutmachungszahlungen stets abgelehnt worden. Lange musste sich Fleischer den Vorwurf der Voreingenommenheit gefallen lassen. Nun freut er sich über die

Unterstützung aus Athen – zumal die vorliegende Studie nichts mit der Syriza-Regierung zu tun hat.

Denn im Frühjahr 2012, dem Beginn der Untersuchungen, regierte noch das Kabinett des parteilosen Premiers Loukas Papademos in Athen. Der ehemalige Vizepräsident der Europäischen Zentralbank hatte die Amtsgeschäfte nach dem Rücktritt von Georgios Papandreou übernommen und bildete sechs Monate lang eine Übergangsregierung. Im April 2014 beschloss dann die Regierung des konservativen Premiers Antonis Samaras, die Studie weiterzuführen – und berief Panagiotis Karakousis an die Spitze des Expertenteams. Der langjährige Generaldirektor im Finanzministerium gilt als politisch unbelastet.

Karakousis las 50 000 Seiten Originaldokumente aus den Archiven der Zentralbank, fünf Monate lang. Keine schöne Lektüre. In der Studie wird aufs Gramm genau ausgerechnet, wie viel Gold aus Privathaushalten vor allem griechischer Juden geplündert wurde: 7358,0014 Kilogramm Feingold im Gegenwert von heute gut 235 Millionen Euro. Oder auch, wie deutsche Truppen bei ihrem Abzug noch schnell „die gesamten Geldreserven aus den Filialen und regionalen Zweigstellen“ der Zentralbank mitgehen ließen: genau 634 962 691 995 162 Drachmen in Scheinen und Münzen, umgerechnet gut 40 Millionen Euro.

Vor allem aber räumt das Untersuchungsergebnis mit Vorbehalten über den Zwangskredit auf. „Kein vernünftiger Mensch kann jetzt noch bezweifeln, dass es diesen Kredit gibt und die Rückzahlung offen ist“, sagt Karakousis.

Die Geschichte des Darlehens begann im April 1941, nachdem deutsche Truppen ihren italienischen Verbündeten zu Hilfe geeilt waren und Griechenland besetzten. Zur Versorgung ihrer Truppen verlangten die deutschen Besatzer von den Griechen eine Erstattung ihrer Aufwendungen, sogenannte Besatzungskosten. Eine zynische Berechnung, die aber nach der Haager Landkriegsordnung durchaus üblich war.

Ungewöhnlich war eher, dass sich die Wehrmacht von den Griechen auch die Versorgung ihrer Truppen an anderen Fronten, auf dem Balkan, in Russland oder in Nordafrika, finanzieren ließ. Die deutschen Besatzer verlangten von der Athener Regierung zunächst 25 Millionen Reichsmark pro Monat, umgerechnet 1,5 Milliarden Drachmen. Die Summe, die sie tatsächlich einforderten, lag deutlich darüber. So ermittelte die Expertenkommission von August bis Dezember 1941 Zahlungen der griechischen Zentralbank von über zwölf statt sieben einhalb Milliarden Drachmen.

Schon bald drängten die Griechen auf Abschlüsse, ihre Wirtschaft lag danieder. Auf

Die deutschen Vorwürfe an Griechenland, das über seine Verhältnisse gelebt hat, konterte Tsipras mit dem größtmöglichen Gegenargument: der deutschen Schuld. Abgesehen von dieser Verknüpfung, die von vielen als unanständig betrachtet wird, gibt es aber viele Argumente für die Sicht der Griechen. Dass Kanzler Helmut Kohl 1990 getrickt habe, um den Griechen keine Reparationen zahlen zu müssen, war auch die Schlussfolgerung einer Geschichte im SPIEGEL (9/2015).

Eine Untersuchung des Athener Finanzministeriums, die schon im Jahr 2012 von einer Vorgängerregierung beauftragt worden war, enthält nun auf 194 Seiten neue Fakten. Sie liegt dem SPIEGEL vor.

Die zentrale Frage des Berichts betrifft den Zwangskredit, den die NS-Besatzer der griechischen Zentralbank von 1941 an abpressten. Muss er als Reparationsforderung eingestuft werden, die mit dem Zweipus-vier-Vertrag von 1990 verfallen sein könnte? Oder handelt es sich um ein echtes Darlehen, das zurückgezahlt werden muss? Die Expertenkommission wertete Verträge und Vereinbarungen aus der Besatzungszeit aus, Rechnungen, Überweisungsbelege und Kontoauszüge.

Resultat: Die Zwangsanleihe fällt nicht unter klassische Kriegsschuldigungen. Die Kommission errechnete offene „Schuld-

einer Konferenz in Rom beschloss Deutsche und Italiener am 14. März 1942, die Besatzungskosten auf jeweils 750 Millionen Drachmen zu halbieren. Hitlers Statthalter verlangten allerdings laut Studie „uneingeschränkte Beträge in Form von Kredit“. Was die Deutschen über die 750 Millionen hinaus kassierten, „wird der griechischen Regierung gutgeschrieben“, notierte ein deutscher Beamter 1942.

Die Summen der Zwangskredite waren bis zu zehnfach so hoch wie die der Besatzungskosten. Im ersten Halbjahr 1942 lagen sie bei 43,4 Milliarden Drachmen, während für die Truppenversorgung 4,5 Milliarden fällig waren.

Etliche Rückzahlungsraten in den Unterlagen, auf die Athen ab März 1943 gedrängt hatte, belegten den Charakter des Darlehens. Historiker Fleischer fand ebenfalls Schriftstücke für rund zwei Dutzend Tilgungszahlungen. So wurde die Zahlstelle des Sonderbevollmächtigten Südost am 6. Oktober 1944 angewiesen, die inflationsbedingt unglaubliche Summe von 300 Billionen Drachmen an die griechische Regierung zu überweisen „und als Rückzahlung“ zu verbuchen.

Für Fleischer ist damit eindeutig geklärt, dass es sich bei den griechischen Ansprüchen nicht um Reparationen von Kriegsunrecht handelt, die zum Präzedenzfall für andere Länder werden könnten. „Über Reparationen kann man politisch verhandeln“, so Fleischer, „Schulden müssen auch unter Freunden bezahlt werden.“

Griechische Nachkriegsregierungen wurden wegen der Rückzahlung früh aktiv. Der deutsche Botschafter in Athen bestätigte bereits am 15. Oktober 1966, die Griechen seien „wegen eines behaupteten Anspruchs“ vorstellig geworden.

Am 10. November 1995 schlug Premier Andreas Papandreu vor, Gespräche zur Regelung der „deutschen Schulden an Griechenland zu eröffnen“. Und regte an, „jede Kategorie dieser Ansprüche einer getrennten Prüfung zu unterziehen“. Papandreou's Initiative blieb folgenlos.

Und nun? Was soll mit dieser bisher vertraulich gehaltenen Studie geschehen?

„Ich bin kein Politiker“, sagt Karakousis, „ich habe nur meine Pflicht erledigt.“

Am Ende bleibt die Frage, ob auch den Hinterbliebenen der Opfer von Distomo noch Gerechtigkeit widerfahren wird – und ob es in anderen Ländern ähnliche Fälle gibt.

Der deutsche Anwalt Joachim Lau, der seine Kanzlei in Florenz hat, vertritt die Interessen der Dorfbewohner von Distomo



**Gebeine der Opfer im Dorf Distomo**  
Gegenwart und Vergangenheit verbinden sich

bis heute. Lau, gebürtiger Stuttgarter, ein weißhaariger Herr von fast 70 Jahren, kämpft im Namen griechischer und italienischer NS-Opfer um Entschädigung. „Ich bin enttäuscht von der Art und Weise, wie die Bundesrepublik mit dieser Frage umgeht“, sagt er. Es gehe hier nicht nur um finanzielle Entschädigung, sondern vor allem auch um den Rechtsfrieden.

Lau warnte im Februar Bundespräsident Joachim Gauck in einem offenen Brief, durch leichtfertige Aussagen zur Entschädigungsfrage „völkerrechtlichen Vertragsbruch“ zu propagieren. Die Rechtslage ist aus seiner Sicht eindeutig: Griechische wie italienische Staatsbürger und deren Angehörige, die von „völkerrechtswidrigen Erschießungen, Massakern der Wehrmacht, von Deportation oder Zwangsarbeit betroffen waren“, hätten berechnete individuelle Ansprüche.

Seit zehn Jahren versucht Lau, die Ansprüche der Distomo-Opfer in Italien durchzusetzen. Das Kassationsgericht in Rom bescheinigte ihm 2008 das Recht dazu. Zuvor hatte der Anwalt bereits eine Sicherungshypothek auf das von Deutschland geerbte Grundstück der Villa Vigoni am Comer See, das von einem privaten deutschen Verein zur Pflege der deutsch-italienischen Beziehungen genutzt wird, eintragen lassen. 2009 ließ er Forderungen der Deutschen Bahn an das italienische Staats-

unternehmen Trenitalia in Höhe von 51 Millionen Euro pfordern. An diesem Dienstag soll vor dem Obersten Gerichtshof in Rom über die Aufhebung des Vollstreckungstitels entschieden werden.

Seit Oktober 2014 sind in Italien Privatklagen gegen Deutschland wieder möglich. So entschied damals das Verfassungsgericht in Rom – unter den Richtern, die dieses Urteil fällten, war auch Italiens heutiger Staatspräsident Sergio Mattarella.

Ob dieses Urteil in Italien „eine Welle neuer Verfahren“ auslösen werde, sei unklar, sagt Joachim Lau, der derzeit an die 150 Fälle betreut, darunter diverse Sammelklagen.

In Distomo, dem Bergdorf, verbindet sich alles, Gegenwart und Vergangenheit, Schuld und Wut, die griechischen Forderungen an Deutschland heute und die Reparationsforderungen von gestern. Efrosyni Perganda sitzt in der gut geheizten Stube ihres Hauses, 91 Jahre alt, eine kleine, schwarz gekleidete Frau mit wachen Augen. Sie hat das Massaker der Deutschen in Distomo überlebt, sie ist eine der wenigen lebenden Zeugen im Dorf.

Als die SS-Kompanie nach einem Kampf mit Partisanen als sogenannte Sühnemaßnahme über Distomo herfiel, nahmen die Soldaten auch ihren Mann gefangen. Efrosyni Perganda stand mit ihrem Baby daneben, sie sah ihren Mann nie wieder.

Während die Deutschen wüteten, versteckte sie sich hinter der Badezimmertür, später hinter der Wohnzimmertür des Hauses, in dem sie immer noch lebt. Ihr Baby hielt sie an die Brust gedrückt. „Ich verzeihe den Mördern meines Mannes“, sagt sie heute.

Loukas Zisis, der stellvertretende Bürgermeister, verlässt stumm das Haus, als die Frau geendet hat. Er braucht eine Pause, er geht in die Taverne, bestellt Wein. Er sagt: „Ich bewundere Deutschland: Marx, Engels, Nietzsche. Den Wohlstand. Den gesellschaftlichen Organisationsgrad. Die Macht des deutschen Willens. Ich schaue auf zu diesem Land. Hier im Dorf finden wir keine Ruhe, weil der deutsche Staat seine Schuld nicht begleicht.“

Deutschland ist für Zisis ein Land, das einen unheimlichen Glanz ausstrahlt, aber auch unverständlich bleibt. „Bis heute haben wir nicht einmal eine Entschuldigung gehört“, sagt er abermals. „Das hat doch mit Deutschlands Stellung in Europa zu tun.“ Dies sei eine Sache, sagt er, die er nicht verstehe.

Manfred Ertel, Katrin Kuntz, Walter Mayr